

Kinder werden aus Kabul geholt

Behandlung im Friedensdorf im Revier

Oberhausen. Das Friedensdorf International in Oberhausen setzt seine Einsätze in Afghanistan fort. Mitarbeiter der Hilfsorganisation flogen gestern Abend von Düsseldorf aus nach Kabul, um dort Kinder abzuholen, deren Behandlung dort unmöglich ist.

Nach der Machtübernahme der radikalislamischen Taliban in Afghanistan Mitte August hatte sich die eigentlich für Ende August geplante Abholung der Kinder verzögert. „Ich bin froh, dass es nun endlich klappt, ich sehe ja die Not der Kinder“, so Friedensdorf-Sprecherin Claudia Peppmüller, die den Flug begleiten wird.

Dem Charterflug waren Verhandlungen mit der neuen Regierung in Kabul vorausgegangen, die maßgeblich vom afghanischen Roten Halbmond geführt wurden, der Partnerorganisation des Friedensdorfes. Die Taliban hätten nun die Landegenehmigung für das Flugzeug erteilt und erlaubt, dass die Kinder das Land verlassen dürfen, sagte Peppmüller der Neuen Ruhr-/Neuen Rhein-Zeitung. Heute Nachmittag soll die Maschine schon wieder in Düsseldorf landen. *jan*

Köln: Mehr Kameras zur Überwachung

Köln. Die Kölner Polizei will in den kommenden Wochen 26 weitere feste Videokameras zur Überwachung installieren. Sie sollen alle im Stadtteil Kalk aufgehängt werden, so eine Sprecherin auf Anfrage der Deutschen Presse-Agentur. Kalk gilt als Kriminalitätsschwerpunkt.

Alle Standorte sind lediglich einige hundert Meter vom Kölner Polizeipräsidium entfernt. In der Kölner Innenstadt gibt es bereits rund 70 Kameras. Wie jüngst aus einer Information an den Innenausschuss des Landtags hervorging, sind es in ganz NRW rund 170 feste Polizeikameras. Die Aufnahmen müssen nach 14 Tagen gelöscht werden, wenn sie nicht zum Beispiel für Ermittlungen benötigt werden. *dpa*

Raus aus dem Shopping-Wahn

„Fast Fashion“ kostet zwar die Kunden nicht viel, die Umwelt aber schon. Die evangelische Kirche zeigt Jugendlichen, wie sie nachhaltiger mit der Mode gehen können

Von Annika Fischer

Dortmund. Der Kampf gegen den Klimawandel geht fleischlos, auf dem Fahrrad, mit Windkraft – aber er geht nicht nackt. Nur was, bitte, haben Klamotten mit dem Klima zu tun? Ein Projekt der Evangelischen Kirche von Westfalen will jungen Menschen die Augen öffnen, und eine Tür: „Exit Fast Fashion“ zeigt ihnen einen Ausgang aus dem Kreislauf von Billig Kaufen, Wenig Tragen, Schnell Wegschmeißen. Und „Fast Fashion“ kommt dabei nicht von „fast schön“.

In der linken Ecke des Gemeinderaums wird es eng. Hier sollen sich alle Konfirmanden versammeln, denen Mode „wichtig“ ist, die auf „Style und Aussehen“ achten. Vor allem die Mädchen stehen sich hier auf den Füßen, nur vier Jungen haben sich zielstrebig zu „nicht wichtig“ aufgemacht (es sind dieselben, die später geschlossen für „Kleidung muss bequem sein“ und „Ich achte auf den Preis“ stehen). Ansonsten: lauter 13-Jährige auf einem Fleck, lange Haare, Jeans bis über den Bauchnabel, riesige Pullover, Turnschuhe – der Trend der letzten Woche. Oder der vorletzten.



„Es geht mir am besten, wenn ich Shopping-Malls meide.“

Miriam Albrecht (24), Referentin

Denn das wird die Sozialarbeiterin Miriam Albrecht aus Essen ihnen gleich erzählen: dass die Konzerne heute 24 Kollektionen im Jahr auf den Markt schmeißen, manchmal sogar über 50. Nicht mehr vier wie in Omas Zeiten des Katalogs. Dass jeder Deutsche im Schnitt 95 Kleidungsstücke im Schrank hat, bis zu 60 neue im Jahr, wovon er fünf niemals trägt. Vom Entwurf bis zur Ankunft im Laden, sagt die 24-Jährige, vergehen kaum mehr fünf Wochen, qualitativ kom-



Auch Sneakers sind „Fast Fashion“, also „schnelle Mode“ – weil das neueste Modell zählt, landet das alte viel zu schnell im Müll. Hier geht es gerade um den ökologischen Fußabdruck.

FOTO: RALF ROTTMANN / FFS

me da nicht viel Gutes bei heraus: „Je schneller kaputt, desto schneller was Neues.“ Extrem schnelllebig sei die Modewelt, „Fast Fashion“ heißt ja nichts anderes: „schnelle Mode“. Und viele Jugendliche rennen mit.

Sie müssen. Weil die Dinge eben angesagt sind, weil die „Peergroup“ sie sonst ausschließt, weil sie nicht mehr dazugehören, wenn sie nicht das Neueste vom Neuesten tragen. Und es kostet ja auch nicht mehr als ein Taschengeld, und wenn doch, dann „sagt das nichts über den Wert: Die Näherin kriegt wahrscheinlich auch nicht mehr Geld“. Oder die Pflückerin, die Spinnerin, die Weberin... Andersrum aber wird ein Billig-Schuh draus: „Je günstiger das Kleidungsstück, desto weniger wahrscheinlich sind faire Bedingungen.“ Den Preis, „den wir nicht zahlen, zahlt jemand anders“: die Menschen in den Fabriken, die Umwelt... Fast Fashion ist wie Fast Food, im Zweifelsfalle ungesund.

Nicht alle Konfirmanden der Gemeinde Rüggeberg bei Ennepetal haben gewusst, was Miriam Albrecht vom Dortmunder Amt für Mission, Ökumene und, wichtig, kirchliche Weltverantwortung (MÖWe) da erzählt, oder sie haben noch nicht recht darüber nachgedacht. Dass für die Herstellung eines T-Shirts („Davon habe ich mehr als 50, das ist doch das Wichtigste!“) 2700 Liter Wasser benötigt werden, so viel wie ein Mensch für zwei einhalb Jahre Leben braucht. Dass eine Jeans mehr als 50.000 Kilometer zurücklegt, bis man das Handy in ihre Gesäßtasche stecken kann. Dass zehn Prozent der Treibhausgase von der Klamotten-Produktion kommen. Dass durch Textilien 92 Millionen Tonnen Müll im Jahr an-

fallen – es bringt hier keiner das Abgelegte in den Altkleidercontainer – und 35 Prozent des Mikroplastiks in den Meeren aus Kleidung kommt. Sagt Miriam Albrecht, sie lässt die Jugendlichen das raten, und die jubeln jedes Mal leiser, wenn sie etwas richtig haben. „Echt, jetzt?“ „Krass!“

Mit Anlauf werfen sie später Steppjacken auf einen Kleiderberg, auf dem schon die Secondhand-Klamotten von Miriam Albrecht warten, noch einen Schal dazu und vom Kumpel den Kapuzenpulli: Das sind symbolisch die Stücke, die sich die Menschen im Jahr kaufen, mal mehrere Millionen. Jetzt ist die linke Zimmerecke Afrika, gegenüber liegt Nordamerika und Asien in der Mitte. Die 13-Jährigen sortieren, „Europa“ ist ein Stuhlturm, der

JEDER BEITRAG ZÄHLT
Die Nachhaltigkeitsinitiative

unter den Kleidern bald zusammenbricht. „Ihr müsst nach dem Reichtum gucken“, sagt die Referentin, das machen sie schon richtig: Asien bekommt nur vier Stücke, dabei wohnen da die meisten Menschen, „und die kleiden uns ein“.

Und haben deshalb auch den größten ökologischen Fußabdruck: Die Konfirmanden laufen jetzt auf Strümpfen durch den Raum, stapeln Stiefel und Sneakers auf den Kontinenten, die meisten in den USA – nur geht es gerade nicht um Schuhe, sondern um die Umweltverschmutzung. „Ungerecht“, sagt Nick, und es war der Sinn der Sache, dass sie das verstehen. Die Kirche denkt an Gerechtigkeit bei ihrem Projekt, an die Bewahrung der Schöpfung, die Konfirmandengruppe an die Zukunft. Was macht man jetzt, keine Klamotten mehr shoppen?

„Muss denn Shoppen eine Freizeitbeschäftigung sein?“, fragt Miriam Albrecht, die selbst längst weniger kauft und auch weniger wäscht, wegen des Mikroplastiks. „Etwas leihen, Kleidertausch-Partys machen, secondhand kaufen“, empfiehlt die 24-Jährige. In ihren eigenen Nike-Tretern ist vorher schon jemand anders spaziert. „Exit Fast Fashion“, sagt die Expertin, könne nur Impulse geben. Die Studentin weiß es ja selbst: Es braucht Durchhaltevermögen, um den Verlockungen zu widerstehen. „Es geht mir am besten, wenn ich Shopping-Malls meide.“

Das Projekt

■ Das Amt für Mission, Ökumene und kirchliche Weltverantwortung (MÖWe) der Evangelischen Kirche von Westfalen will mit dem Projekt „Exit Fast Fashion“ junge Menschen ansprechen: Sie sollen sich mit den ökologischen Seiten der Bekleidungsindustrie auseinandersetzen und ihr eigenes Einkaufsverhalten überdenken.
www.exit-fast-fashion.de

Anzeige

LESERWERBEN LESER

NUR FÜR KURZE ZEIT!

Jetzt WAZ Premium empfehlen...

... und dafür **100 Euro** erhalten!

Angebots-Nr.: NS211763
Direkt bestellen:
☎ 0800 / 60 60 710 waz.de/belohnung2021

Wüst soll „Hambi“-Streit befrieden

2018 ließ die NRW-Regierung den Forst räumen. Der Erhalt ist beschlossene Sache – doch Aktivisten besetzen dort weiter Bäume

Düsseldorf. Der neue Ministerpräsident Hendrik Wüst (CDU) hat mit seiner erklärten Bereitschaft zu einem früheren Kohleausstieg 2030 Hoffnungen auf eine endgültige Befriedung des jahrelangen Konflikts um den Hambacher Forst („Hambi“) geweckt. „Sie (...) haben als neuer Ministerpräsident die Chance, in diesem langen Streit Gräben zuzuschütten, neue Brücken zu bauen“, sagte die Grünen-Abgeordnete Wibke Brems am Donnerstag in einer Aktuellen Stunde im Landtag. Wüst könne dafür sorgen, dass der seit Jahren von Klimaschutzaktivisten besetzte Wald am Rande des Braunkohletagebaus in öffentlichen Besitz überführt werde. Dann gebe es keinen Grund mehr für die Besetzung, und es könne endlich Ruhe dort einkehren.

Wüst müsse auch beweisen, ob er es ernst meine mit seiner Aussage, dass NRW zu einem Ausstieg aus der Kohle schon 2030 bereit sei und er so viele Dörfer wie möglich am Tagebau erhalten wolle. SPD-Fraktionsvize Christian Dahm bezeichnete den Konflikt um den Kohleausstieg als einen der größten gesell-

schaftlichen Konflikte – und der Hambacher Forst sei das Symbol dafür. Mit der Räumung des Waldes 2018 aber habe die Landesregierung seinerzeit noch Öl ins Feuer gegossen. „Der teuerste Einsatz der NRW-Polizei war völlig sinnlos“, sagte Dahm. Denn kurz darauf seien im Hambacher Forst neue Baumhäuser gebaut worden.

„Geht raus aus dem Wald und nehmt den ganzen Müll noch mit“

CDU-Bauministerin Ina Scharrenbach verwies darauf, dass die gesellschaftliche Auseinandersetzung um den Hambacher Forst durch den Bund-Länder-Beschluss zum Kohleausstieg bis 2038 und den damit verbundenen Erhalt des Waldes beendet sei. Sie schlug einen gemeinsamen Aufruf aller demokratischen Fraktionen vor, dass die Aktivisten den Wald verlassen sollten. „Es ist befriedet, geht raus aus dem Wald und nehmt den ganzen Müll, den Ihr da reingetragen habt, noch mit.“ Dann wäre es auch leichter, den Wald, der im Besitz des Energieunternehmens RWE ist, in ein anderes Vermögen zu überführen.

Anlass der Debatte war ein Urteil des Kölner Verwaltungsgerichts, wonach die Räumung des Waldes 2018 durch die Stadt Kerpen rechtswidrig war. Konkret hatte das Gericht im September festgestellt, dass die damalige Brandschutz-Begründung der Landesregierung nur vorgeschoben gewesen sei. Das Bauministerium hatte daraufhin per Weisung angeordnet, dass Kerpen Berufung gegen das Urteil einlegen muss.

SPD-Politiker Dahm warf der Landesregierung vor, eine falsche Entscheidung damit noch zu verlängern, um das Gesicht nicht zu verlieren. Bauministerin Scharrenbach erwiderte, der Rechtsstaat erlaube in jedem Verfahren Rechtsmittel. Die Landesregierung habe ernsthafte Zweifel an der Richtigkeit des Kölner Urteils und wolle daher eine obergerichtliche Prüfung herbeiführen. Es gehe auch darum, dass die Zuständigkeiten für den Hambacher Forst bei verschiedenen unteren Bauaufsichten lägen. Allein deswegen habe das Land als oberste Bauaufsichtsbehörde ein Interesse daran, eine obergerichtliche Klärung herbeizuführen. *dpa*